

Faire Bedingungen für KMU bei öffentlichen Auftragsvergaben

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind gemeinsam der größte Arbeitgeber, schaffen die meisten Lehrstellen, sind in Österreich für den größten Teil der Wertschöpfung verantwortlich und tragen die Wirtschaft und die Versorgung in den Regionen. Dennoch werden sie bei öffentlichen Aufträgen häufig benachteiligt.

Nicht nur zu große Auftragsvolumina erschweren ihnen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Bei öffentlichen Auftragsvergaben geforderte hohe Mindestumsätze oder weitreichende Referenzen schaffen oft unüberwindbare Hürden für KMU und junge Unternehmen. Dazu wird immer wieder für Aufträge, wo es gar nicht notwendig ist, eine 24/7-Erreichbarkeit verlangt, also eine ganztägige Erreichbarkeit an allen Tagen der Woche. Folgeschwer ist auch die Praxis bei Kalkulationsformblättern (K-Blätter), mit denen Auftraggeber im Preisangebotsverfahren die Preisermittlung nachvollziehen wollen und die von den anbietenden Unternehmen auszufüllen sind. Abgesehen davon, dass die daraus ermittelten Daten oft wenig aussagekräftig sind, überfordern diese Formblätter häufig selbst versierte und bewährte Firmen. Betriebe fallen aus dem Vergabeverfahren, weil Formblätter angeblich falsch ausgefüllt sind, oder Anbietern wird aufgrund der hier gemachten Angaben fälschlicherweise die Plausibilität abgesprochen. Von dem damit verbundenen Aufwand und Bürokratismus gar nicht zu sprechen. Neben diesen Punkten haben sich im Lauf der Zeit viele weitere Hindernisse entwickelt, die kleine und mittlere Unternehmen im Vergabeverfahren benachteiligen und diese allzu häufig de facto davon ausschließen, selbst dann, wenn sie die Leistung erbringen könnten. Es hat sich in der Praxis für KMU ein Netz an Benachteiligungen gebildet, das durchtrennt werden muss.

Eine faire Vergabepraxis ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass KMU einen großen Teil der Steuern zahlen und sie zugleich bei öffentlichen Auftragsvergaben mit erschwerten Zugangsvoraussetzungen konfrontiert sind.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Österreich stellt daher folgenden Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich setzt sich bei den zuständigen Stellen dafür ein, dass

- kleine und mittlere Unternehmen dabei faire Bedingungen vorfinden und nicht gerechtfertigte Hindernisse für KMU beseitigt werden und

- im konkreten unverhältnismäßigen und für die Vergabe und Leistungserstellung nicht zwingend nötigen Vorgaben und Anforderungen bei öffentlichen Auftragsvergaben aller Ebenen, die kleine und mittlere Betriebe benachteiligen, ein Ende gesetzt wird.

Nicht nachvollziehbare und für die Erfüllung eines Auftrags sachlich nicht notwendige und nicht gerechtfertigte Auflagen und Forderungen nach Mindestumsätzen, Referenzen, Eignungs- und Kalkulationsnachweisen dürfen KMU den Zugang zu öffentlichen Aufträgen nicht erschweren.



Mag. Bernd Hinteregger
SWV-Präsident
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



Marko Fischer
SWV-Fraktionsvorsitzender
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Thomas Schaden
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



Ing. Günter Löffler
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich